

CSU lässt bei der Pkw-Maut nicht locker

München. (dapd) Die CSU pocht trotz der Vorbehalte von Kanzlerin Angela Merkel (CDU) und der FDP auf die Einführung einer Pkw-Maut für Autobahnen. Ein entsprechendes Papier beschloss der CSU-Vorstand gestern einstimmig in München. Parteichef Horst Seehofer kündigte an, er werde dieses Thema „mit aller Konsequenz“ in der Berliner Koalition weiterverfolgen. Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer (CSU) sagte, das Aufkommen aus der Pkw-Maut müsse „ungeschmälert“ für Investitionen im Straßenbereich verwendet werden. Seehofer betonte, es könne keine „Trostpflasterchen“ geben. Es reiche nicht aus, etwa nur für ein Jahr zusätzliches Geld aus dem Bundeshaushalt für Verkehrsinvestitionen zu nehmen.

Pflegereform entzweit Schwarz-Gelb

München/Berlin. (dpa) Die bayerische Landesregierung arbeitet an einem eigenen Reformkonzept für die Pflegeversicherung. Wie aus dem Konzept des Sozialministeriums hervorgeht, soll der Reformvorschlag aus Steuereinnahmen finanziert werden. „Ich plädiere für ein Bundesleistungsgesetz, das die Pflegeversicherung finanziell von den schwersten Risiken entlastet“, sagte Bayerns Sozialministerin Christine Haderthauer (CSU), gestern in München. Die Vorschläge der bayerischen Landesregierung stehen in direkter Konkurrenz zu den Plänen von Bundesgesundheitsminister Daniel Bahr (FDP), der in wenigen Tagen seine Vorstellungen zur Reform einer Pflegeversicherung vorlegen möchte.

Körperscanner in Hamburg abgebaut

Hamburg. (dpa) Die Körperscanner auf dem Hamburger Flughafen sind Geschichte. Nach dem gescheiterten Test wurden die beiden Geräte am Sonntagabend abgebaut und aus der Flughafenhalle geschoben. Das bestätigte eine Sprecherin der Bundespolizei gestern. Ende August hatte Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) entschieden, die Körperscanner nicht weiter einzusetzen. Die Auswertung des zehnmontatigen Tests hatte ergeben, dass sie in knapp der Hälfte aller Fälle Fehlalarm gaben.

Mindestlohn-Debatte erhält neuen Auftrieb

Berlin. (dapd) Die einen plädieren für eine entsprechende gesetzliche Verordnung, die anderen für branchenbezogene Mindestlöhne unter Beteiligung der Tarifpartner: Die Debatte über die Einführung eines Mindestlohns hat neuen Auftrieb erhalten. Während Arbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) gestern klarstellen ließ, dass sie keinen gesetzlichen Mindestlohn anstrebt, bekräftigten die Oppositionsparteien ihre Forderungen nach einer gesetzlich vorgegebenen Lohnuntergrenze.

Ex-Stasi-Mitarbeiter sollen versetzt werden

Berlin/Halle. (dpa) Nach monatelangen Diskussionen will die schwarz-gelbe Koalition die noch in der Stasi-Unterlagen-Behörde beschäftigten Ex-Mitarbeiter der DDR-Staatsicherheit versetzen lassen. Eine Novelle des Stasi-Unterlagen-Gesetzes soll es ermöglichen, dass die 47 Bediensteten auf andere Stellen der Bundesverwaltung kommen. Union und FDP wollen den Entwurf bis Ende September im zuständigen Bundestags-Kulturausschuss vorlegen, bestätigten gestern Sprecher beider Fraktionen. Der Chef der Unterlagenbehörde, Roland Jahn, hatte bei seinem Antritt im März erklärt, aus Respekt vor den Verfolgten der DDR frühere Stasi-Mitarbeiter in seinem Amt nicht mehr hinnehmen zu wollen.

Ude versetzt Landtags-SPD in Euphorie

Steinmeier findet Hoffnungsträger „toll“ – Seehofer sichert der FDP Koalitionstreue zu

Würzburg. (rm/dapd/dpa) **Markus Rinderspacher, Vorsitzender der SPD-Fraktion im bayerischen Landtag, erlaubte den Fraktionsmitgliedern auf ihrer Klausur in Würzburg ganz offiziell ein bisschen „Euphorie“.** Die Stimmung bei den bayerischen Genossen sei eigentlich immer gut gewesen, so Rinderspacher selbstironisch. **Aber dieses Mal korrespondiere sie mit der Lage: „Das ist was Neues.“ Die Situation sei so, „wie wir sie lange in Bayern nicht gehabt haben“, meinte auch Klausur-Gast Frank-Walter Steinmeier, Chef der SPD im Bundestag.**

Derjenige, der für die emotionalen Höhenflüge der bayerischen Genos-

sen verantwortlich ist, war zur Klausurtagung in Würzburg gar nicht erschienen, weil er nicht eingeladen war. Christian Ude, Münchner Oberbürgermeister und seit ein paar Wochen inoffizieller Spitzenkandidat der Bayern-SPD für die Landtagswahl 2013, soll sich an die „Kleiderordnung“ halten. Und die besagt nun einmal, dass Parteigremien über ihren Spitzenkandidaten entscheiden.

Voraussichtlich wird der SPD-Landesvorstand Ude im Oktober vorschlagen. Wann ein Parteitag den seit Jahren nach Umfragen beliebtesten bayerischen Politiker offiziell zum Spitzenkandidaten macht, steht noch nicht fest.

Aber natürlich ist Ude de facto

bereits jetzt der Oppositionskandidat, der die CSU 2013 in Bayern das Fürchten lehren soll. „Ich finde ihn toll“, sagte Steinmeier. Der Berliner Fraktionsvorsitzende will wegen Ude bei den CSU-Kollegen schon eine „tief Verunsicherung“ ausgemacht haben. Ude, begeisterte sich der SPD-Landesvorsitzende Florian Pronold, sei nun einmal der „beliebteste und regierungserfahrenste Sozialdemokrat“ in Bayern: „Das wird richtig spannend.“

Die regierende CSU hat Ude schon ins Visier genommen. Verschiedene CSU-Politiker stellten den Münchner als Zentralisten dar, der vor allem die Interessen der Isarmetropole verfolgt.

Diese Strategie, meint Fraktions-

chef Rinderspacher, „ist auf Sand gebaut“. Ein Problem für die SPD könnte jedoch Udes Forderung sein, dass seine Partei den Bau einer dritten Startbahn für den Flughafen München mittragen soll, obwohl es bereits einen gegensätzlichen Parteitagbeschluss gibt. Bis zur Wahl soll sich ein weiterer Parteitag mit dem Thema beschäftigen und es möglichst gerade biegen.

Unterdessen hat der bayerische Ministerpräsident und CSU-Vorsitzende Horst Seehofer der FDP trotz der schlechten schwarz-gelben Umfragewerte Koalitionstreue zugesichert. Seehofer sagte gestern nach einer Sitzung des CSU-Vorstands in München: „Wir stehen uneingeschränkt zur Koalition mit der FDP.“ Er wolle keine Debatten über alternative Regierungsbündnisse oder über eine absolute Mehrheit seiner Partei in Bayern.

Ungeachtet dessen treibt Seehofer die von ihm selbst angeregte Änderung der Bayerischen Verfassung voran. Auf dem CSU-Parteitag Anfang Oktober will er dazu zunächst eine breite Debatte in seiner Partei anstoßen – und sich dafür grünes Licht von den Parteitagdelegierten geben lassen. „Der Parteivorstand wird beauftragt, in der gesamten Partei eine breite Diskussion der Mitglieder über eine Änderung der Bayerischen Verfassung in den Bereichen finanzielle Nachhaltigkeit, Integration von Menschen ausländischer Herkunft und Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in allen Teilen Bayerns durchzuführen“, heißt es in einem Leitantrag, der gestern dem CSU-Vorstand präsentiert wurde. Konkrete Vorschläge für eine Verfassungsänderung sollen dann vom Parteivorstand bis zum nächsten Parteitag ausgearbeitet werden.



Herbstklausur der Bayern-SPD: Der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Frank-Walter Steinmeier, mit Bayern-SPD-Chef Florian Pronold und SPD-Landtagsfraktionschef Markus Rinderspacher (v. r.).

So viele Studenten wie nie zuvor

Rekord auch bei Studienanfängern – Student im Schnitt 25,3 Jahre alt

Wiesbaden. (dpa) Studentenrekord: Noch nie waren an deutschen Hochschulen so viele Studierende eingeschrieben wie im vergangenen Wintersemester. 2,218 Millionen lernten im Wintersemester 2010/11 in den Hörsälen und Seminarräumen der Universitäten und Hochschulen zwischen Kiel und Konstanz. Das waren 96 400 Studierende oder 4,5 Prozent mehr als im Jahr zuvor, teilte das Statistische Bundesamt in Wiesbaden gestern mit.

Einen Rekord gab es auch bei den Studienanfängern: Mit rund 444 700 wurden etwa 20 500 mehr gezählt als im Vorjahr. Als Ursache für den anhaltenden Anstieg sehen die Statis-

tiker einen allgemeinen Trend zur Höherqualifizierung. So wurden seit dem Wintersemester 2008/09 jedes Jahr gut vier Prozent mehr Studierende gezählt. Noch nicht bekannt ist die sogenannte Studienanfängerquote, die zeigt, wie groß der Anteil der Studienanfänger an der gleichaltrigen Bevölkerung war.

Das Durchschnittsalter der Studierenden lag wie im Vorjahr bei 25,3 Jahren. Betriebswirtschaftslehre war erneut das beliebteste Studienfach – auf Platz zwei rangiert mit deutlichem Abstand Maschinenbau. Am besten besucht war die Fernuniversität Hagen (62 900 Studierende), gefolgt von der Münchner Ludwig-

Maximilians-Universität (43 800) und der Universität in Köln (42 100).

Zwei Drittel der Studierenden waren im Wintersemester 2010/11 an den Universitäten, pädagogischen und theologischen Hochschulen eingeschrieben. Ein knappes Drittel studierte an den Fachhochschulen, die übrigen an den Verwaltungsfach- und Kunsthochschulen.

Die Juso-Hochschulgruppen kritisierten eine unzureichende Finanzierung zusätzlicher Studienplätze und forderte auch mehr günstigen Wohnraum. „Mit Vorlesungen in Kirchen und Kinos und ohne ausreichende Mensen und Wohnheimplätze ist kein gutes Studium möglich.“

Heubisch-Vorstoß zur Hochschulfinanzierung

München. (dpa) Bayerns Wissenschaftsminister Wolfgang Heubisch (FDP) will von einem althergebrachten Grundsatz der Länderhoheit über die Bildungspolitik abweichen: Der FDP-Politiker verlangte gestern wegen des chronischen Geldmangels der Hochschulen eine Grundgesetzänderung, damit der Bund künftig direkt in die Finanzierung der Hochschulen einsteigen kann. „Das derzeit bestehende ‚Kooperationsverbot‘ würde damit für diesen Bereich abgeschafft.“ Heubisch will verhindern, dass der Bund den Ländern Vorgaben in der Hochschulpolitik machen kann. Der CSU-Hochschulexperte Bernd Sibler reagierte auf die Pläne von Heubisch verstimmt.

SPD und CDU gemeinsam für „Stuttgart 21“

Kampagne der Befürworter geplant – Grüne wollen mit Aktionsbündnis gegen Projekt werben

Stuttgart. (dapd) Vertreter der oppositionellen CDU und der Regierungspartei SPD haben gestern in Baden-Württemberg über eine mögliche gemeinsame Kampagne vor der geplanten Volksabstimmung über „Stuttgart 21“ diskutiert. Bei dem Gespräch sei es um die Frage gegangen, wie die beiden Parteien für das umstrittene Bahnprojekt werben wollen, sagte ein Sprecher des CDU-Landesverbands auf dapd-Anfrage. Zu dem Treffen habe der Stuttgarter Oberbürgermeister Wolfgang Schuster (CDU) eingeladen. Der Koalitionspartner, die Grünen, reagierte gelassen auf das Treffen.

In der grün-roten Landesregierung herrscht Uneinigkeit über „Stuttgart 21“. Die Grünen lehnen das Milliarden-Projekt ab. Die SPD befürwortet dagegen wie die Opposition den Bau der unterirdischen Durchgangsstation.

An dem gestrigen Gespräch nahmen für die SPD einen Sprecher zufolge der Landtagsfraktionsvorsitzende Claus Schmiedel und der Landesgeschäftsführer, Marten Jen-



SPD-Fraktionschef Claus Schmiedel (l.) und CDU-Kollege Peter Hauk (r.).

nerjahn, teil. Die CDU war laut einem Sprecher durch den Landesvorsitzenden Thomas Strobl und Fraktionschef Peter Hauk vertreten. Obwohl es bereits zuvor mehrere Gespräche zu dem Thema gab, ohne dass darüber informiert wurde, wollten die Sprecher der beiden Parteien aber nicht von einem Geheimtreffen sprechen.

Der Landesvorsitzende der Grünen, Chris Kühn, sagte, es sei legitim, dass Vertreter des Koalitionspartners SPD sich mit CDU-Mitgliedern treffen. „Jedem steht es frei, sich seine Mitstreiter selbst auszusuchen, um inhaltlich schlagkräftig zu agieren“, sagte er.

Gleichzeitig kritisierte Kühn, dass die CDU offenbar mit konkreten

Planungen zur Kampagne beginne, obwohl sie bisher eine Volksabstimmung abgelehnt habe. „Ich erwarte vom CDU-Landeschef Thomas Strobl nun, dass er die Haltung seiner Partei zur Volksabstimmung in den nächsten Tagen öffentlich klärt“, verlangte Kühn.

Auch die Grünen planen Kühn zufolge eine Kampagne im Vorfeld der geplanten Volksabstimmung über das Bahnprojekt. Gemeinsam mit dem Aktionsbündnis gegen „Stuttgart 21“, dem BUND und weiteren Initiativen und Organisationen solle dafür noch im September ein landesweites Bündnis gegründet werden, sagten Kühn und der Sprecher des Aktionsbündnisses, Hannes Rockenbach.

Dafür solle ein eigenes Kampagnenbüro in Stuttgart eingerichtet werden, erklärte Kühn. Das Bündnis werde dann über Alternativen, etwa einen modernisierten Kopfbahnhof oder eine Kombination aus einer überirdischen Kopf- und einer unterirdischen Durchgangsstation, informieren.